

Dokumentation aus:
Die Tagespost. Katholische Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur
vom 09.08.2008

Die wirkliche Versöhnung wagen

Besinnung auf christliche Grundwerte ist die Voraussetzung für ein erfolgreiches
Zusammenwirken von Deutschen und Polen

Von Stephan Raabe

Die Erinnerung an die Geschichte zwischen Deutschen und Polen ist belastet: Teilungen, Fremdherrschaft, Weltkrieg, Usurpation, Gewaltherrschaft, Terror, Flucht, Vertreibung und Aussiedlung, Verschiebung auf der Landkarte, schließlich die sowjetische Diktatur. Die Erinnerung an dies alles ist vielfältig belastet und spielt bis heute für viele Menschen persönlich, aber auch in der Politik eine nicht unbedeutende Rolle.

Die katholischen Bischöfe Polens, ihrer Zeit damals weit voraus, reichten trotzdem ihren deutschen Brüdern im Bischofsamt bereits 1965 die Hände mit den großherzigen Worten: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“. Wie steht es über 40 Jahre später um die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen? Vieles ist erreicht worden und manche haben vielleicht gedacht, das Versöhnungswerk sei bereits vollbracht. Dagegen verwies der Wiener Kardinal Christoph Schönborn anlässlich des „Mitteleuropäischen Kirchentages“ in Wien 2003 jedoch darauf hin, dass trotz der Beseitigung der politischen Teilung Europas die Vorhänge in den Herzen noch bei weitem nicht alle überwunden seien. Deshalb sei eine Versöhnung notwendiger denn je. Aus der Erfahrung der deutsch-polnischen Diskussionen der letzten Jahre muss man sagen: Er hat wohl recht. Nur, wie kann es gelingen, die Vorhänge in den Herzen zu öffnen und zu einer wirklichen Versöhnung zu gelangen?

Papst Johannes Pauls II. Vision für das vereinte Europa

Es ist fast schon trivial darauf hinzuweisen, dass wir uns immer wieder der kritischen Aufklärung dessen, was gewesen ist, stellen müssen. Und offensichtlich gibt es auch bei nicht wenigen Menschen das Bedürfnis nach Orten des Gedenkens an das, was man selbst oder die Vorfahren erfahren und erlitten haben. Das kann man beispielhaft an vielen Stellen in Polen feststellen. Das gilt aber auch für deutsche Flüchtlinge und Vertriebene, was aus verschiedenen Gründen in den letzten Jahren zu einer heftigen Streitgeschichte zwischen Polen und Deutschen wurde.

Angesichts dieses Streits müssen wir in Deutschland wie in Polen darauf achten, dass historische Erinnerung nicht in eine bloße Selbstbezüglichkeit verfällt, die Darstellung von

Geschichte nicht durch eine moralisierende Geschichtspolitik instrumentalisiert oder aber verhindert wird, dass wir nicht in den alten Fehler der Hegelianer verfallen, die Tatsachen der Geschichte mit dem Glorienschein der Notwendigkeit zu umgeben und dass wir schließlich nicht einer ungunstigen historischen Fixiertheit anheimfallen, die den klaren Blick für das heute und morgen Notwendige eher erschwert als eröffnet.

Wir brauchen eine kritische geschichtswissenschaftliche Aufklärung, wir brauchen auch ein sichtbares Gedenken unter Berücksichtigung der historischen Zusammenhänge. Es ist jedoch von grundlegender Bedeutung, das Vergangene als Vorgabe und Aufgabe in einer Weise zu behandeln, die zur Gestaltung der Zukunft befähigt. Wir brauchen einen Sinn für Vergangenheit, der sich von den Tugenden der Neugier am menschlichen Schicksal, der realistischen Skepsis und der Annahme des Erbes und damit von der Annahme der Verantwortung für das Erbe leiten lässt.

Aber selbst eine solche historische Erinnerungskultur hat ebenso wie Politik und Rechtsprechung eine nur begrenzte Reichweite, wenn es um die belastenden Fragen der Geschichte geht. Diese Feststellung führt wieder zu dem eigentlichen Problem der Versöhnung zurück und der Rolle der Kirche dabei. Die Kirche mischt sich, wie nicht nur der berühmte Brief der polnischen Bischöfe zeigt, tatsächlich in den Vergangenheitsstreit ein. Ihr geht es dabei aber um eine Umkehr der Herzen, die Öffnung der Herzen durch die Annahme und Vergebung des Geschehenen. Dies ist wirklich ein adventlicher Gedanke. Der Warschauer Theologe und Schüler Papst Johannes Pauls II., Prof. Helmut Juros, schreibt dazu in seiner Schrift über „Die Kirche als völkerversöhnende Kraft“: „Ihre religiöse und ethische Option für die Gegenwart der Vergangenheit und die Zukunft der Geschichte verbindet die Kirche mit der Herausforderung und dem Anspruch, sich selbst als Kirche in die Pflicht zu nehmen. Sie will dazu beitragen, die Schatten der Vergangenheit zu überwinden. Sie will ihren Dienst an Dialog, Geschwisterlichkeit und Versöhnung sowie an anderen grundlegenden Werten als einen entscheidenden Beitrag zum europäischen Einigungsprozess leisten. Damit will sie Verantwortung für die Zukunft der europäischen Völkergemeinschaft übernehmen.“ Die Öffnung der Herzen durch Vergebung und Versöhnung erhält auf diese Weise eine politische Dimension.

Wenn man heute von „westlichen Werten“ spricht, sind für gewöhnlich drei Begriffe gemeint: rechtsstaatliche Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft beziehungsweise Soziale Marktwirtschaft. Für das Verständnis aller drei Begriffe kommt es wiederum ganz wesentlich auf den Begriff des Menschen und seiner Würde an. Daher sind anthropologische Grundfragen der Ausgangspunkt für die „neue Ordnung der Freiheit“, die Papst Johannes Paul II. in seinem sozialetischen Denken als eine Vision für das vereinte Europa entwickelt. Es lohnt sich, die Gedanken dieses großen polnischen Papstes im gemeinsamen Gespräch aufzunehmen und weiterzudenken. Es wäre darüber hinaus geradezu zukunftsweisend und bahnbrechend in Europa, wenn deutsche und polnische Christdemokraten gemeinsam mit anderen über eine Strategie zur Verwirklichung einer „glaubwürdigen Humanökologie und Sozialökologie der Arbeit“ in Europa nachdächten, die uns Johannes Paul II. in der Sozialzyklika Centesimus annus 1991 als Leitbild vor Augen stellt. Denn es sind gerade die gemeinsamen Grundwerte auf der Grundlage eines christlich inspirierten Menschenbildes, die für viele Polen und Deutsche eine gemeinsame Grundlage für die Gestaltung der Zukunft bilden, wobei der polnische wie der deutsche Papst wichtige und für beide Völker verbindende Orientierungen geben. Der politische Streit über die „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ muss dem nicht entgegenstehen. Er gibt aber Anlass zu einer erneuten klärenden Diskussion.

Um Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand müssen wir immer wieder von Neuem ringen angesichts der Dynamik vieler Veränderungen in der Welt. Dabei geht es zum Beispiel um folgende große Herausforderungen, die für Deutsche wie Polen gleichermaßen gelten: um den Erwerb und den Erhalt des Wohlstandes durch Wettbewerbsfähigkeit in der glo-

balisierten Weltwirtschaft; um die Bewahrung oder Wiederherstellung von Frieden angesichts von Terrorismus und Kriegen; um die demographische Entwicklung in unseren Ländern mit ihren Folgen etwa für das Sozialsystem und die Wanderungsbewegungen von ärmeren Ländern in reichere; um Energiesicherheit und den Schutz der Umwelt; um die Chancen für ein menschenwürdiges Leben auf unseren Planeten Erde, egal wo man geboren wird.

Das sind enorme Herausforderungen, denen wir nur in einer guten Zusammenarbeit in Europa erfolgreich begegnen können. Zu den politischen Aufgaben gehören des weiteren auch folgende Punkte: Zunächst die Sicherung der Grundlagen der rechtsstaatlichen Demokratie, die Pflege einer aktiven Bürgergesellschaft und die Gestaltung von Politik aus christlichen Grundsätzen. Der demokratische Staat kann ohne eine aktive Bürgergesellschaft nicht leben. Die Bürgergesellschaft ist wiederum ohne eine positive Einstellung zur Demokratie nicht vorstellbar. Das nimmt in erster Linie Familien, gesellschaftliche Organisationen wie Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, die Medien, die Bildungseinrichtungen in die Pflicht. Hier geht es um die verantwortliche Teilhabe an der Demokratie, die eine entsprechende Motivation und Bildung voraussetzt. Nur durch eine solche Teilhabe und das Einbringen der eigenen Grundwerte kann trotz aller Schwierigkeiten Demokratiezufriedenheit entstehen. Indem man andere machen lässt und sich dann über deren Politik mokiert, entsteht das genaue Gegenteil: Politikverdrossenheit. Stabile, demokratisch strukturierte Parteien, in denen möglichst viele Bürger mitwirken, sind in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung. Für Christen geht es bei all dem natürlich vor allem auch um die christliche Prägung von Demokratie. Eine zweite Aufgabe sind Freiheit und Wohlstandserwerb in einer Sozialen Marktwirtschaft. Das bedeutet: Verbindung der Freiheit des Einzelnen mit der Verantwortung für die eigene Person, die Angehörigen und das Gemeinwohl zur Gewährleistung eines jeweils zu bestimmenden Maßes an sozialer Sicherheit. In Deutschland war und ist die richtig verstandene Soziale Marktwirtschaft ein wirkliches Erfolgsmodell. In Polen hat sie sogar Verfassungsrang.

Die Europäische Union gestalten

In Artikel 20 der polnischen Verfassung heißt es: „Die soziale Marktwirtschaft bildet die Grundlage der wirtschaftlichen Ordnung der Republik Polen.“ Heute stellt sich hier für uns zum einen die Frage der notwendigen Solidarität innerhalb einer Gesellschaft angesichts großer sozialer Unterschiede von Arm und Reich und zwischen denen, die Arbeit haben und denen, die keine Arbeit haben. Zum anderen stellt sich die Frage der Angleichung des Lebensniveaus in der Europäischen Union, die wichtig ist für das Gelingen des Zusammenlebens in der erweiterten Union. Experten sagen, dass diese Angleichung mindestens noch 15 bis 20 Jahre benötigen wird und konsequenter Arbeit sowie einer guten Politik bedürfe.

Zum dritten geht es um die Gestaltung der Europäischen Union. Hier sind wiederum aktive Beteiligung und Identifikation, politische Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit, die Arbeit an gemeinsamen Politikansätzen, Solidarität und Subsidiarität die notwendigen Bedingungen für ein Gelingen dieses beispielhaften europäischen Unternehmens.

Ein viertes und sehr weites Feld ist schließlich die Verantwortung für Frieden und Sicherheit, Demokratie, Menschenrechte und Entwicklung in der Welt. Gegenwärtig sind nach Analysen von Freedom House nur weniger als die Hälfte aller 192 untersuchten Staaten auf der Welt demokratisch, wobei in diesen demokratischen Staaten wiederum nur 44 Prozent der Weltbevölkerung lebt. Gerade aus den Teilen der Welt, in denen sich Demokratie und demokratische Bürgergesellschaften noch nicht Bahn brechen konnten, erhalten Menschenrechtsverletzungen, Terrorismus, Kriege ihre Nahrung.

Die Staaten und Gesellschaften Mittelosteuropas haben den Transformationsprozess aus einer Diktatur mit totalitären Ansprüchen hin zur rechtsstaatlichen Demokratie durchgemacht. Sie können aufschlussreiche Hinweise geben für das Gelingen solcher Transformationen

und als Vorbilder für andere dienen. Dass die Religion bei dem Streben nach Demokratie von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist und insbesondere das abendländische Christentum mit der demokratischen Ordnung in einem engen kulturellen Zusammenhang steht, ist ein weiterer Aspekt, den wir dabei nicht aus den Augen verlieren sollten.

Für Deutsche und Polen, Polen und Deutschland als große Nachbarländer in der Europäischen Union kommt es angesichts dieser Aufgaben und Herausforderungen in besonderer Weise darauf an, gemeinsam an einer neuen politischen Agenda zu arbeiten, wenn wir erfolgreich bestehen wollen. Mit manchem Ungemach, Unstimmigkeiten und Gegensätzen muss man in der Politik wie im Leben zurechtkommen. Die Kunst besteht jedoch darin, so damit umzugehen, dass Ungemach und Gegensätze nicht noch vergrößert werden und die Zukunft verbauen. Deshalb ist es notwendig, dass wir uns auf die vor uns liegenden Aufgaben, auf die gemeinsamen Grundwerte und die gemeinsamen politischen Interessen besinnen. Denn neben einer aufgeklärten, kritischen Erinnerung brauchen wir genauso ein klares Bewusstsein unserer Grundwerte und den nüchternen Blick auf die vor uns liegenden Aufgaben zur Gestaltung der Zukunft.

Gerade die moralische Überzeugung vieler aktiver Christen sowie klug angewandte politische Mittel haben die Verständigung und Versöhnung zwischen Deutschland und Polen befördert. Die polnischen und deutschen Bischöfe, aber auch viele Laienchristen und andere, die sich die Hände reichten, haben das aus der Erkenntnis getan, so Johannes Paul II. zum 50. Jahrestag des Kriegsendes 1995, „dass sich auf der Zerstörung, Unterdrückung und Diskriminierung der menschlichen Person keine ihrer würdige Gesellschaft aufbauen lässt“ und „dass die Interessen einer Nation nur im Rahmen der solidarischen Wechselbeziehung mit den anderen Völkern in angemessener Weise verfolgt werden können“. Auf dieser Grundlage gilt es weiterzuarbeiten. Auf diesem Fundament stehen die politischen Zeichen für ein erfolgreiches Zusammenwirken von Deutschen und Polen als Partner in Europa recht gut.

Der Autor leitet das Auslandsbüro Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung.